



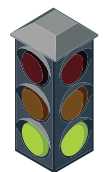
Inwieweit hat die große Koalition ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag bisher eingelöst? Wir machen den Check zur Halbzeit der Wahlperiode, ob die große Koalition – kurz: GroKo – in der Steuer-, Haushalts- und Europapolitik Wort gehalten hat oder Bürgern und Unternehmern mehr versprochen, als tatsächlich eingelöst wurde.

Vor zwei Jahren wurde der aktuelle Bundestag gewählt, vor rund 18 Monaten haben CDU, CSU und SPD ihren Koalitionsvertrag mit dem Titel „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ unterschrieben. In diesem Herbst will die GroKo nun prüfen, wie der Stand der Dinge ist. Eine solche Evaluierung war im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden. Grund genug für uns, zu untersuchen, welche Projekte aus dem Koalitionsvertrag grünes Licht bekommen haben, weil sie umgesetzt wurden, wo die Regierungskoalition zumindest angepackt, aber nicht alles geschafft hat (gelbes Licht) und wo bei unserer Check-Ampel das rote Licht angeht, weil das Versprechen nicht eingehalten wurde.



Soli-Teilabschaffung

90 Prozent der Soli-Zahler sollen ab dem Jahr 2021 entlastet werden. Das hatte die GroKo im Koalitionsvertrag vereinbart. Im Sommer 2019 hat die Bundesregierung die sogenannte Rückführung des Solidaritätszuschlags beschlossen und damit den Startschuss für ein Gesetzgebungsverfahren gegeben. Unser Fazit: Das Versprechen wurde angepackt, aber anders als der Koalitionsvertrag zunächst vermuten ließ, werden Sparer, gutverdienende Angestellte, Freiberufler und Selbstständige sowie Kapitalgesellschaften nicht entlastet. Für diese Mogelpackung gibt es daher von uns nur das gelbe Licht.



Sonderabschreibung für neue Mietwohnungen

Um den Neubau von Mietwohnungen zu fördern, hat die GroKo eine Sonderabschreibung versprochen. Unser Check ergab: Versprechen gehalten! Die neue Sonderabschreibung ermöglicht privaten Investoren, befristet für vier Jahre fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten einer neuen Wohnung bei der Steuer geltend zu machen – und zwar zusätzlich zur normalen Abschreibung. Das macht unterm Strich in den ersten vier Jahren eine Abschreibung von 28 Prozent. Allerdings ist die Sonderabschreibung an einige

Halbzeit! Wir machen den GroKo-Check

Hat die Regierungskoalition gehalten, was sie versprach?

Bedingungen geknüpft, die aus unserer Sicht ganz schön bürokratisch sind.



Grunderwerbsteuer: Freibetrag für Familien

Unter dem Stichwort „Wohnbauoffensive“ wollte die GroKo prüfen, ob für den Ersterwerb von Immobilien ein Freibetrag eingeführt werden kann. Damit könnten Familien beim Grundstückserwerb unterstützt werden, so der Vertrag. Die angekündigte Prüfung hat – soweit ersichtlich – noch nicht begonnen. Bislang fällt für den Grundstückserwerb ab dem ersten Euro Grunderwerbsteuer an – und das je nach Bundesland nicht zu knapp! Schade, denn der Vorschlag ist es wert, genauer geprüft zu werden.



Vorausgefüllte Steuererklärung kommt

Mehr Service für die Bürger bringen die neuen Steuerformulare. Im Koalitionsvertrag steht schwarz auf weiß, dass die GroKo die vorausgefüllte Steuererklärung für alle Bürger ab 2021 anstrebt. Bereits ab dem kommenden Jahr soll es für Steuerzahler, die ihre Einkommensteuererklärung noch auf Papier einreichen, eine Erleichterung geben. Es müssen nicht mehr alle Kästchen aus den Formularen ausgefüllt werden. Liegen dem Finanzamt bereits zutreffende Informationen vor, z. B. zum Gehalt oder zur Rente, muss dies nicht mehr in den Formularen vermerkt werden. Möglich machen dies sogenannte eDatenfelder in den Steuerformularen.



Gründerkultur stärken

Gründern will die GroKo unter die Arme greifen. Insbesondere Frauen sollen zu Gründungen motiviert werden, so das smarte Ziel der GroKo. Allein zwölf Mal findet sich das Wort „Gründer“ im Koalitionsvertrag! Aus den dicken Versprechen ist in der Praxis jedoch nichts geworden. Gründer kämpfen nach wie vor mit zu viel Bürokratie, hohen Steuern und vielen verschiedenen Anlaufstellen. Unser Check: Hier muss die Koalition in der zweiten Halbzeit noch viel tun!



Arbeitslosenversicherung

Der BdSt hatte sie als erstes gefordert – die Absenkung des überhöhten Arbeitslosenbeitrags von 3 auf 2,5 Prozent. Obwohl sich die GroKo im Koalitionsvertrag lediglich auf eine Absenkung auf 2,7 Prozent verständigte,

überzeugten die BdSt-Argumente im Gesetzgebungsverfahren am Ende doch. Seit Anfang 2019 liegt der Satz bei 2,5 Prozent, Bürger und Betriebe werden jährlich um sechs Mrd. Euro entlastet. Inzwischen zeichnet sich sogar ab, dass selbst eine Beitragssatzsenkung auf 2 Prozent solide finanzierbar ist. Der BdSt setzt sich folglich für weitere Beitragsentlastungen ein.



Schwarze Null

Union und SPD haben eine Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung vereinbart – die Schwarze Null. Bisher kam der Bund zwar auch ohne neue Schulden aus, doch das wird nicht so bleiben. Denn die GroKo hat seit 2013 derart massive Ausgabenerhöhungen beschlossen, dass der Bundesetat immer größere strukturelle Defizite ausweist. Diese können in den nächsten Jahren nur dank der üppigen Asylrücklage gestopft werden. Ist diese verbraucht, muss der Bund wieder neue Schulden machen, wenn er bei den Ausgaben nicht endlich Prioritäten setzt.



Subventionen

Schon der Koalitionsvertrag strotzte vor neuen Subventionen, Förderprojekten und Ausgabenprogrammen. Daran hat sich die GroKo leider gehalten. Ob das neue Baukindergeld, Förder-Millionen für die Gameswirtschaft oder die Ausweitung des Gebäudesanierungsprogramms. Fast jedes Ressort hat neue Spendertöpfe erhalten, die das Etatvolumen deutlich ausweiten. 2019 wird der Bund wahrscheinlich mehr als 56 Mrd. Euro Subventionen verteilen, mehr, als zu Zeiten der Wirtschaftskrise 2008/2009.



Euro-Zone

Für Europa hat die GroKo viel Geld zugesagt. Noch steht die Schlussrechnung nicht fest – aber es wird teuer für die Steuerzahler. Mit dem Umbau des Euro-Rettungsschirms zum Europäischen Währungsfonds sowie darüber hinaus der Errichtung eines milliarden-schweren Eurozonenfonds wird die Haftungs- und Transfergemeinschaft weiter zementiert. Die Eigenverantwortung der Euroländer für die Folgen ihrer jeweiligen Wirtschafts- und Finanzpolitik wird zulasten der Steuerzahler der finanzkräftigen Eurostaaten immer weiter zurückgeführt. Nicht zuletzt wird auch der EU-Haushalt deutlich stärker von Deutschland gepöppelt. In absehbarer Zeit wird Berlin jährlich mehr als 50 Mrd. Euro nach Brüssel transferieren.



Wahlrecht

Über die längst fällige Reform des Bundeswahlrechts, um den XXL-Bundestag mit derzeit 709 Abgeordneten auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen, haben Union und SPD im Koalitionsvertrag keine Silbe verloren. Zwar wurden in den vergangenen Monaten Gespräche hinter verschlossenen Türen geführt. Doch eine Einigung fehlt weiterhin, da sich die Bundestagsfraktionen aufgrund parteitaktischer Egoismen auf keinen Kompromiss verständigen können. Damit droht der Bundestag mit der nächsten Wahl noch stärker zu wachsen. Isabel Klocke / i.klocke@steuerzahler.de, Sebastian Panknin / s.panknin@steuerzahler.de



Unsere Aufgaben an die große Koalition

Ein Kommentar von BdSt-Präsident Reiner Holznagel

Beginnen wir mit dem Positiven, denn das geht schnell. Es gibt Versprechen, die sind mehr oder weniger eingelöst. Unsere symbolische Ampel zeigt deshalb grünes Licht. Auch der Einstieg in den Soli-Ausstieg ist nun geplant. Aber leider müssen wir dafür gelb zeigen. Es wäre ein starkes Signal, wenn sich die Koalition für die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags noch aussprechen würde. Stattdessen kommt nur ein Teilausstieg und dann noch mit einer sehr skurrilen Begründung: Angeblich möchte in Deutschland niemand reiche Menschen entlasten. Populistischer geht es kaum noch.

Das Fatale dabei ist, dass Leistungsträger in Deutschland mit dieser Politik diffamiert werden. Zugleich wird ihre Leistung in der Vergangenheit geringgeschätzt. Zudem wird verschwiegen, dass auch viele kleine mittelständische und familiengeführte Betriebe den Soli weiterhin zahlen müssen, ebenso wie die deutschen Sparer und Anleger. An diesem Beispiel mache ich die Halbzeitbilanz der GroKo fest. Einerseits ist man einen Schritt vorangekommen, andererseits reicht dies bei weitem nicht aus – und die Begleitmusik ist derweil unerträglich.

Dabei haben wir noch nicht einmal die Gewissheit, dass die GroKo die Halbzeit übersteht. Die Kandidatensuche für den SPD-Vorsitz offenbart, dass dieser Koalitionspartner ein verlässlicher Wackelkandidat bleibt. Dabei muss in der Parteienpolitik doch gelten, dass zuerst immer das Wohl des Volkes steht und nicht das der Partei. Wir müssen also weiterhin gespannt bleiben. Die Chancen für eine erfolgreiche zweite Halbzeit stehen eigentlich nicht schlecht, schwinden aber zunehmend durch die Taten der glücklosen Drei. Was beim Soli vermässelt wird, scheint sich bei der Reform des Wahlrechts fortzusetzen. Es kann doch wirklich keiner einen Bundestag mit 900 Abgeordneten wollen. Also, auf geht's! Die Arbeit wartet.